

Fernunterrichtsangebote:

ZAR-Journal vom 25. Oktober 2018

Arbeitsrecht:

- Arbeitsschutz und Arbeitssicherheit
- Arbeitszeit, Teilzeit, Befristung und Urlaub im Arbeitsrecht
- Fachreferent/in für Arbeitsrecht (IHK)
- Fachreferent/in für arbeitsrechtliche Spezialgesetze (IHK)
- Mutterschutz und Elternzeit im Arbeitsrecht

Fachübergreifende Rechtslehrgänge:

- Rechtsassistent/in (IHK)
- Rechtsreferent/in (IHK)

Zivil- und wirtschaftsrechtliche Lehrgänge:

- Fachreferent/in für Versicherungsvertragsrecht (IHK)
- Fachreferent/in für Wirtschaftsrecht (IHK)
- Fachreferent/in für Zwangsvollstreckungs- und Insolvenzrecht

Öffentliches Recht:

- Kommunalrechtsassistent/in

Inhalt (in der Überschrift klicken)

1. Gesetzgebung: Musterfeststellungsklage kommt zum 01.11.2018 1
2. Gesetzgebung: Krankenversicherte werden ab 2019 entlastet 1
3. Gesetzgebung: Brückenteilzeit ab 2019 möglich 2
4. Gesetzgebung: Künftig gilt Arztvorbehalt bei Entfernung von Tattoos 2
5. Zivilrecht: AG Augsburg zu Schmerzensgeld nach Friseurbesuch 2
6. Verfassungsrecht: Erfolgreiche Verfassungsbeschwerde gegen Verurteilung wegen Leugnung des nationalsozialistischen Völkermords 2
7. Arbeitsrecht: Streikbruchprämie ist nach BAG grundsätzlich zulässiges Kampfmittel 3
8. Arbeitsrecht: BAG zur Vergütung von Reisezeiten bei Auslandsentsendung 3
9. Strafrecht: Präsident des OLG München zu Kosten des NSU-Prozesses 3

Gesetzgebung: Musterfeststellungsklage kommt zum 01.11.2018

Ab dem 01.11.2018 kann es für Verbraucher leichter werden, Ansprüche gegen Produkthersteller oder Dienstleister geltend zu machen: Sind in einem Fall viele Verbraucher betroffen, können bestimmte Verbände für sie künftig in einem Musterverfahren Grundsatzfragen gerichtlich verbindlich klären lassen. Die entsprechenden gesetzlichen Regelungen finden sich in §§ 606 ff. ZPO n.F.

Quelle: *Bundesgesetzblatt*

[mehr](#)

[nach oben](#)

Gesetzgebung: Krankenversicherte werden ab 2019 entlastet

Arbeitgeber und Beschäftigte zahlen ab 01.01.2019 die Beiträge für die gesetzliche Krankenversicherung wieder zu gleichen Teilen. Dies gilt nicht nur – wie bisher – für den allgemeinen Beitragssatz, sondern auch für den

individuellen Zusatzbeitrag, den jede Krankenkasse selbst bestimmt. Das hat der Bundestag am 18.10.2018 beschlossen. ...

Quelle: Bundesregierung

[mehr](#)

[nach oben](#)

Gesetzgebung: Brückenteilzeit ab 2019 möglich

Nach dem am 18.10.2018 beschlossenen neuen „Brückenteilzeitgesetz“, das zum 01.01.2019 in Kraft treten soll, sollen mehr Beschäftigte befristet in Teilzeit arbeiten können und jetzige Teilzeitkräfte leichter in Vollzeit zurückkehren können. ...

Quelle: Bundesregierung

[mehr](#)

[nach oben](#)

Gesetzgebung: Künftig gilt Arztvorbehalt bei Entfernung von Tattoos

Der Bundesrat hat am 19.10.2018 einem Verordnungsvorschlag der Bundesregierung zugestimmt, mit dem das Strahlenschutzrecht umfassend modernisiert wird. Eine Folge ist, dass künftig nur noch Ärzte Laserbehandlungen zur Entfernung von Tattoos oder Permanent-Makeup durchführen dürfen. ...

Quelle: Bundesrat

[mehr](#)

[nach oben](#)

Zivilrecht: AG Augsburg zu Schmerzensgeld nach Friseurbesuch

Eine Friseurkundin beehrte ein Schmerzensgeld in Höhe von 3.000 Euro, weil nach dem Blondieren die Kopfhaut schmerzte und juckte und die Haare brüchig wurden. Aufgrund der Falschbehandlung habe sie die Haare um 15 cm kürzen müssen und - wegen der optischen Beeinträchtigung - ein Vorstellungsgespräch absagen müssen. Das Amtsgericht Augsburg urteilte, dass die Beklagte ein Schmerzensgeld in Höhe von 500,- EUR zu bezahlen hat. ...

Quelle: Justiz Bayern

[mehr](#)

[nach oben](#)

Verfassungsrecht: Erfolgreiche Verfassungsbeschwerde gegen Verurteilung wegen Leugnung des nationalsozialistischen Völkermords

Eine Bestrafung wegen Leugnung des nationalsozialistischen Völkermords ist grundsätzlich mit Art. 5 I GG vereinbar. Dies hat das Bundesverfassungsgericht mit am 03.08.2018 veröffentlichten Beschluss entschieden und eine

Verfassungsbeschwerde nicht zur Entscheidung angenommen, die gegen eine Verurteilung wegen Volksverhetzung in der Tatbestandsvariante der Leugnung unter der Herrschaft des Nationalsozialismus begangener Verbrechen, namentlich der Morde im Vernichtungslager Auschwitz-Birkenau, gerichtet war. ...

Quelle: Bundesverfassungsgericht

[mehr](#)

[nach oben](#)

Arbeitsrecht: Streikbruchprämie ist nach BAG grundsätzlich zulässiges Kampfmittel

Mit Urteil vom 14.08.2018 (Az.: 1 AZR 287/17) hat das Bundesarbeitsgericht entschieden, dass ein bestreikter Arbeitgeber grundsätzlich berechtigt ist, zum Streik aufgerufene Arbeitnehmer durch Zusage einer Prämie (Streikbruchprämie) von einer Streikbeteiligung abzuhalten. Begründet wurde dies u.a. mit der für beide soziale Gegenspieler geltenden Kampfmittelfreiheit. ...

Quelle: Bundesarbeitsgericht

[mehr](#)

[nach oben](#)

Arbeitsrecht: BAG zur Vergütung von Reisezeiten bei Auslandsentsendung

Entsendet der Arbeitgeber einen Arbeitnehmer vorübergehend zur Arbeit ins Ausland, sind die für Hin- und Rückreise erforderlichen Zeiten in der Regel wie Arbeit zu vergüten. Dies hat das Bundesarbeitsgericht mit Urteil vom 17.10.2018 (Az.: 5 AZR 553/17) entschieden. ...

Quelle: Bundesarbeitsgericht

[mehr](#)

[nach oben](#)

Strafrecht: Präsident des OLG München zu Kosten des NSU-Prozesses

Der NSU-Prozess gegen Beate Zschäpe und vier Mitangeklagte des Nationalsozialistischen Untergrunds hat voraussichtlich etwa 37 Millionen Euro allein an Gerichtskosten verursacht. ...

Quelle: ZEIT ONLINE

[mehr](#)

[nach oben](#)